

# VU trifft Wirtschaftsvertreter

Anspruchsvolle Zukunftsfragen und die damit verbundenen grossen Herausforderungen standen auf der Traktandenliste eines Gedankenaustausches zwischen führenden Exponenten der VU und Vertretern der beiden Wirtschaftsverbände LIHK und Wirtschaftskammer.

GÜNTHER FRITZ

**VADUZ.** VU-Parteipräsident Jakob Büchel, Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Thomas Zweifelhofer sowie Fraktionssprecher Christoph Wenaweser und Thomas Vogt als Vertreter der Landtagsfraktion trafen sich am Freitagnachmittag zu einem Gedankenaustausch mit LIHK-Präsident Klaus Risch, LIHK-Vizepräsident Jakob Biedermann, LIHK-Geschäftsführer Josef Beck und Brigitte Haas, der stellvertretenden Geschäftsführerin der LIHK, sowie mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer, Noldi Matt und Hans-Peter Tschüscher, und deren Geschäftsführer Jürgen Nigg.

## VU-Spitze trifft Wirtschaftsspitze

«Derzeit stehen Wirtschaft und Politik unseres Landes vor grossen gemeinsamen Herausforderungen», heisst es in einer Pressemitteilung, welche die Vaterländische Union (VU) zu ihrem Treffen mit den Spitzenvertretern der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) und der Wirtschaftskammer Liechtenstein gestern Abend versandt hat.

Schon länger im Raum stehe die ungelöste Frage, wie die Schweiz die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen wird und was dies für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein bedeutet, schreibt die VU in ihrer Medienmitteilung weiter. Zudem stünden mit der AHV, dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) und dem Gesetz über die Betriebliche Personalvorsorge drei grosse Sozialwerke im Lichte des



Bild: Daniel Ospelt

Auf der linken Seite die Wirtschaftsvertreter: Hans-Peter Tschüscher, Vizepräsident der Wirtschaftskammer, Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer, Noldi Matt, Präsident der Wirtschaftskammer, LIHK-Präsident Klaus Risch, LIHK-Geschäftsführer Josef Beck, LIHK-Vizepräsident Jakob Biedermann und Brigitte Haas, stellvertretende LIHK-Geschäftsführerin (v. l.). Rechte Seite: VU-Präsident Jakob Büchel, VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser, Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Thomas Zweifelhofer und der VU-Abgeordnete Thomas Vogt (v. l.).

demografischen Wandels unmittelbar vor notwendigen Reformen.

## Lohnnebenkosten nicht erhöhen

Dass dem liechtensteinischen Gewerbe wegen der hohen Lohnnebenkosten der Schuh drückt, hat die Wirtschaftskammer bereits anlässlich ihres Medienapéros vom 13. Januar unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Als sich stetig erhöhende Fixkosten würden die Lohnnebenkosten die Unterneh-

men vor schwierige Probleme stellen. Wenn nun neue und höhere Sozialleistungen auf die Unternehmen zukommen würden, warnte Wirtschaftskammerpräsident Noldi Matt, werde es schwierig für die Arbeitgeber, den Erhalt der Arbeitsplätze zu garantieren. Nach seiner Auffassung ist entscheidend, dass der Staat darauf achte, die bestehenden Rahmenbedingungen zu erhalten und die Lohnnebenkosten nicht zu erhöhen. Dazu zählt nach den Ausführungen von

Noldi Matt die Umsetzung der aktuellen Forderung aus den Sektionen der Wirtschaftskammer, die Arbeitgeberbeiträge für die obligatorische Krankenversicherung (OKP) auf dem heutigen Niveau einzufrieren.

## Folgen der Frankenstärke

Wie die VU in ihrer Pressemitteilung weiter ausführt, werden die anstehenden Reformen in den Bereichen AHV, KVG und Betriebliche Personalvorsorge durch die jüngst erfolgte Aufgabe

des Mindestkurses des Schweizer Franken gegenüber dem Euro durch die Schweizerische Nationalbank nicht gerade erleichtert. Wie hierzu auch bereits Erbprinz Alois in seiner Thronrede anlässlich der Landtagseröffnung am 22. Januar festgehalten hat, bedeutet die Freigabe des Wechselkurses zum Euro für die liechtensteinischen Unternehmen direkt sowie für den Staat und die Sozialsysteme indirekt noch eine zusätzliche Herausforderung.

Auch Economiesuisse, die grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft, befasst sich intensiv mit den Folgen der Frankenstärke. Als Sofortmassnahme fordert Economiesuisse zum Beispiel ein Moratorium für weitere Regulierungen und Belastungen des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien zu verbessern, damit die Unternehmen mehr Freiraum erhalten und durch tiefere Kosten wettbewerbsfähiger werden. Die Staatsverwaltung müsse mit einer – der Wirtschaft vergleichbaren – Effizienzsteigerung ebenso ihren Beitrag leisten, heisst es aufseiten von Economiesuisse.

## Auch Treffen mit LANV geplant

«Die aktuelle Situation war für die VU Grund genug, sich mit Vertretern der beiden grössten liechtensteinischen Wirtschaftsverbände zu einem Gedankenaustausch zu treffen, die Anliegen der Wirtschaftsvertreter zu erfragen und die aktuellen Themen zu diskutieren», schreibt die VU in ihrer gestrigen Pressemitteilung.

Die nun diskutierten anspruchsvollen Zukunftsfragen und Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort und damit letztlich auch für die Volkswohlfahrt seien nur durch einen Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft zu lösen. Zum Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik gehöre der Erhalt einer weiterhin funktionierenden Sozialpartnerschaft. Die VU-Vertreter wollen sich deshalb in Kürze auch mit Vertretern des LANV zu einem Gedankenaustausch treffen.